

Afghanistan ist nicht unser Problem

Von Dieter Grillmayer

Wie wenn wir mit Corona, dem Klimawandel und anderen Themen nicht schon genug Beispiele zur Verfügung hätten, an denen sich festmachen lässt, dass die nüchterne Beurteilung einer Situation und sinnvolle Maßnahmen zu deren Bewältigung in der heutigen, von Besserwissertum, Meinungsmache, Populismus und Fake News dominierten Welt rar geworden sind. (Die Liste der Missstände ließe sich beliebig fortsetzen.) Nun ist zu alledem auch noch die jüngste Entwicklung in Afghanistan und alle möglichen Vorschläge, was Österreich tun könnte, hinzugekommen.

Der neueste Aufreger ist zwar der aktuelle Anlass für diesen Aufsatz, doch verbinde ich damit auch die Frage, wie wir mit Zuwanderung, unterschiedlichen Fertilitätsraten und dem damit untrennbar verbundenen Bevölkerungsaustausch zurecht kommen sollen, weil diese Frage nach meinem Dafürhalten für die Zukunft Österreichs von größerer Bedeutung ist als z. B. die anderen oben genannten Bedrohungen. Andererseits gibt es nichts, was man nicht mit klarem Verstand und entschlossenem Handeln einer tragbaren Lösung zuführen könnte, und mit dem, was dann noch bleibt, wird man sich eben abfinden müssen. Politischer Moralismus, nach Hermann Lübke (SPD) „der Triumph der Gesinnung über die Urteilskraft“, und Angstmache sind hingegen eher kontraproduktiv.

Afghanistan: Land und Leute

Afghanistan ist die Nordostregion des antiken Perserreiches; im Jahr 1747 wurde es vom damaligen neupersischen Reich abgetrennt und als Königreich selbständig. Das Land wird im W vom Iran, im N von Turkmenistan, Usbekistan und Tadschikistan sowie im O und S von Pakistan begrenzt. (Im NO führt ein schmaler Landstreifen durch das bis zu 7.500 m hohe Hindukusch-Gebirge an eine 76 km lange Grenzlinie zu China.) Drei Viertel des ca. 650.000 qkm großen Landes (Vergleich: Ukraine ca. 600.000 qkm) besteht aus schwer zugänglichen Gebirgsregionen, die im Zentralraum gute 5.000 m Seehöhe erreichen.

Die großteils der persisch-arischen Völkerfamilie angehörige, derzeit noch zu 80 % auf dem Land lebende Einwohnerschaft besteht zu ca. 40 % aus Paschtunen (oder Afghanen), zu 25 % aus Tadschiken und zu knapp 20 % aus Hazara. Der Rest von 15 % verteilt sich auf Usbeken, Padschuken und weitere kleine Volksgruppen. Alle rivalisieren miteinander, ebenso wie die 84 % Sunniten und 15 % Schiiten (vor allem Hazara) in der zu 99 % muslimischen Bevölkerung. Diese betrug 1950 noch 7,7 Mio. Einwohner und stieg trotz laufender Kriege auf 33,7 Mio. im Jahr 2015 an. Derzeit sind es bereits 38,9 Mio. und 2050 soll Afghanistan 61 Mio. Einwohner haben. 2015 betrug die Fertilitätsrate 5,3 Kinder pro Frau; außerhalb Afrikas ist Afghanistan damit das Land mit dem höchsten Bevölkerungswachstum.

Kriege am laufenden Band

Die Geschichte des Königreiches bzw. der Republik Afghanistan (seit 1973) ist von Anfang an durch ethnische, religiöse und Stammeskonflikte mit laufenden Staatsstreich im Inneren sowie durch kriegerische Aktivitäten gegen Fremdbestimmung gekennzeichnet. Letztere richteten sich zunächst in drei Phasen gegen die Engländer, die ihre Annexionspläne 1919 endgültig aufgeben mussten, und dann von 1979 bis 1989 gegen die Sowjetunion, welche eine 1978 durch Staatsstreich ans Ruder gekommene linkssozialistische Regierung am Leben zu erhalten versuchte. Nach deren – immerhin erst Jahre nach dem Abzug der Roten Armee – endgültig

tigem Scheitern gingen aus internen Machtkämpfen die von den sunnitischen Paschtunen dominierten Taliban als Sieger hervor, welche eine radikale Form des Islam vertreten, die in der unbedingten Anwendung der Scharia gipfelt. Diese sahen sich von Anfang an mit dem Vorwurf konfrontiert, dass sich Afghanistan unter ihrer Führung zum weltgrößten Rauschgiftproduzenten entwickelt habe. Zusammen mit dem unter „Nine-Eleven“ in die Geschichte eingegangenen Terroranschlag in New York, welcher der von Afghanistan aus operierenden Terrororganisation Al-Qaida mit ihrem Anführer Osama bin Laden und damit auch den Taliban angelastet wurde, diente das als Vorwand für die im Herbst 2001 gestartete Militärintervention von NATO-Verbänden unter Führung der USA.

Der Militäreinsatz erwies sich nach Anfangserfolgen bald als völlig aussichtslos, zumal die Taliban von Pakistan aus, wo in dem an Afghanistan angrenzenden Landesteil 23 Mio. Paschtunen leben, welchen die von den Engländern seinerzeit gezogene Grenze sowieso ein Dorn im Auge ist, aber auch von einem engen Bündnispartner der USA, dem streng sunnitischen Königreich Saudi-Arabien, massiv unterstützt worden sind. Daher sah sich die US-Regierung unter Präsident Trump schließlich genötigt, mit den Taliban über einen Ausstieg aus dem Kampfgeschehen zu verhandeln. Am 29. Februar 2020 wurde in Doha (Katar) ein entsprechendes Abkommen unterzeichnet. Die vierseitige Vereinbarung regelt den Rückzug aller Invasionstruppen aus Afghanistan und enthält im Gegenzug Sicherheitszusagen der Taliban gegenüber den USA und den Verbündeten. Die offizielle afghanische Regierung und die NATO-Verbündeten waren in die Verhandlungen nicht eingebunden.

Die US-Außenpolitik als Schadensverursacher

Insgesamt hat der Militäreinsatz ca. 3.600 westlichen Soldatinnen und Soldaten völlig sinnlos das Leben gekostet. Weiters hat sich damit die westliche Welt bis auf die Knochen blamiert und um die Einheimischen, die mit den ausländischen Kräften zusammengearbeitet haben, muss man zu Recht besorgt sein. Sie – und nur sie – bestmöglich zu schützen liegt aber ausschließlich in der Verantwortung derjenigen, die den Schaden angerichtet haben, und da an erster Stelle an den USA für ihre stümperhafte Politik und Fehleinschätzung der Lage – bis zur unerwartet schnellen Machtübernahme der Taliban und dem chaotischen Abzug.

Die erste Fehlentscheidung leistete sich die US-Administration aber schon in den 1980er-Jahren damit, dass sie den Russen mit der Unterstützung der als Mudschaheddin bezeichneten afghanischen Guerilla-Gruppierungen eine Niederlage bereiten wollte. Mit deren Art der Kriegsführung mussten dann auch die NATO-Truppen Bekanntschaft machen. Denn was sich gegen die Rote Armee mit Hilfe der von den Amerikanern gelieferten Waffen als erfolgreich erwies, das funktionierte dann auch ebenso gut und mit denselben Waffen gegen die ehemaligen Freunde.

Übrigens hat die US-Administration den in Afghanistan gemachten Fehler 2011 in Syrien wiederholt. Angetrieben durch ihre Verbündeten, das erzkonservative Saudi-Arabien und die kurdenfeindliche Türkei, hat sie das vergleichsweise liberale Assad-Regime durch Waffenlieferungen an religiöse Fanatiker, anfangs auch an die unter „Islamischer Staat“ (IS) bekannt gewordene Terrorgruppe, zu stürzen versucht und damit den Syrienkrieg ausgelöst. Mit dem Problem der Kriegsflüchtlinge haben die Amerikaner dann aber Europa alleingelassen.

Österreich trifft keine Verantwortung

Umso mehr sind die USA und die anderen am Kampfgeschehen beteiligten NATO-Staaten jetzt verpflichtet, den zu Recht um ihr Leben bangenden ehemaligen Verbündeten, im Zu-

sammenhang mit den Evakuierungsmaßnahmen als „Ortskräfte“ bezeichnet, Asyl zu gewähren. Österreich hat sich an dem ganzen Afghanistan-Abenteuer nur mit ein paar Ausbildungskursen für Polizeikräfte beteiligt, woraus ihm wohl keine derartige Verpflichtung erwächst. Daher hat sich BK Sebastian Kurz zu Recht bereits mehrmals gegen eine Aufnahme von afghanischen Flüchtlingen ausgesprochen. Die internationale Gemeinschaft müsse darum besorgt sein, die Situation in Afghanistan zu verbessern, doch Österreich müsse sich auch eingestehen, dass „nicht alles in unserer Macht liegt“, sagte Kurz im Puls 24-Sommergespräch am 22. August 2021. Und weiter: Österreich habe in den vergangenen Jahren bereits einen „überproportional großen Beitrag geleistet“ und beherberge mit ca. 45.000 Personen eine der größten afghanischen Communities Europas. Eine zusätzliche Belastung werde es unter seiner Kanzlerschaft nicht geben, betonte Kurz mit Verweis auf die „besonders schwierige Integration“ von afghanischen Asylsuchenden hierzulande.

Angesichts der erst unlängst begangenen Gräueltat von vier in Österreich aufhältigen Afghanen wäre es wohl äußerst ungeschickt, würde sich der Bundeskanzler in dieser Situation anderweitig äußern. Zudem sind seine Ansagen auch mit der Rechtslage durchaus kompatibel: Kriegsflüchtlinge sind Personen, die ihre Heimat verlassen, um vor bewaffneten Konflikten zu fliehen. Ohne spezielle Begleitumstände sind sie nicht Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention und daher auch nicht asylberechtigt. Das Asylrecht stellt ausschließlich auf Schutz bei individueller Verfolgung ab. Wem im aktuellen Fall Asyl zusteht und wer es zu gewähren hat, das ist schon gesagt worden.

Im Übrigen sei festgestellt, dass in Österreich mit 45.000 Köpfen bereits 0,5 % seiner ca. neun Mio. Einwohner Afghanen sind. (Das ist nach Schweden der zweithöchste Wert unter allen europäischen Ländern.) Dieser Prozentsatz würde in den USA (ca. 340 Mio. Einwohner) erst mit der Aufnahme von 1,7 Mio. Afghanen erreicht. In allen EU-Ländern zusammen (ca. 450 Mio. Einwohner) ergibt die Rechnung 2,25 Mio. Afghanen und im Vereinigten Königreich (ca. 60 Mio. Einwohner) immerhin auch noch 300.000.

Ein offener Widerspruch

Der Wunsch vieler Menschen, der Armut in der eigenen Heimat zu entfliehen und es sich – vornehmlich in Europa – zu verbessern, ist verständlich. Das Asylrecht dürfte aber nicht dafür missbraucht werden, derartige Wünsche zu befriedigen, weil es dadurch ausgehöhlt wird, was unter Umständen die Chancen derjenigen schmälert, denen Schutz wirklich zusteht. In der Vergangenheit ist das aber vielfach geschehen, in Österreich und natürlich auch anderswo. Ein deutlicher Hinweis dafür ist die Tatsache, dass nach einer Mitteilung des Außenministeriums vom 2. September 2021 „insgesamt 119 Österreicher oder dauerhaft in Österreich lebende Afghanen“ aus Afghanistan – übrigens mit deutschen und ungarischen Militärflugzeugen – ausgeflogen worden sind. Man kann wohl davon ausgehen, dass die „Österreicher“ großteils Staatsbürger mit afghanischen Wurzeln und die „Afghanen“ Asylanten sind, denen ein Aufenthaltsrecht eingeräumt worden ist. Da fragt man sich schon, warum sich diese dann – als Urlauber und/oder auf Familienbesuch – in dem Land aufgehalten haben, aus dem sie zuvor wegen angeblicher Verfolgung geflohen sind.

Daher dürften auch in Hinkunft Ängste vor Unterdrückung durch die Taliban vielfach als Vorwand genutzt werden, selbst wenn sie ganz unbegründet sind. Ja, es ist durchaus damit zu rechnen, dass auch schwer Kriminelle und muslimische Fanatiker unter diesem Vorwand nach Europa gelangen wollen. Das sollten endlich einmal alle jene zur Kenntnis nehmen, welchen die „Humanität“ über alles geht, die jeden Zuwanderer als „Bereicherung“ empfinden und die alle negativen Folgen ignorieren, welche eine viel zu großzügige Handhabung des Fremden-

rechts und die Vernachlässigung höchst notwendiger Integrationsmaßnahmen in Österreich bereits gezeitigt haben, wie nun darzustellen sein wird.

Das Boot ist voll

Menschen mit wachem Verstand ist die im letzten Satz geschilderte Situation – und wie es dazu gekommen ist – schon lange bewusst, wiewohl der „Mainstream“ Informationen zu diesem „politisch inkorrekten“ Thema weitgehend unterdrückt. So erging es auch der SPÖ-nahen Pflichtschullehrerin Susanne Wiesinger mit ihrem Buch „Machtkampf im Ministerium“, das unter anderem beschreibt, in welchem Ausmaß der Islam bereits auf das österr. Unterrichtsgeschehen Einfluss nimmt, das aber vor allem im 37 Seiten starken Statistikeil mit schockierenden Zahlen aufhorchen lässt.

So nahmen etwa im Schuljahr 2019/20 von allen Wiener Volksschülern nur mehr zwei Drittel an einem christlichen Religionsunterricht teil und ein Drittel an einem islamischen, und bei den Wiener Mittelschülern betrug das Verhältnis sogar bereits 58 % zu 42 %. Hinsichtlich der Umgangssprache, also der im Alltag und vor allem zuhause gebrauchten Sprache sank an Wiens öffentlichen Pflichtschulen der Anteil der Deutschsprachigen in den letzten zwölf Jahren bei den Volksschülern von 49 % auf 36 %, bei den Mittelschülern von 39 % auf 24 % und sogar in der AHS-Unterstufe von 73 % auf 58 %. Gesamtösterreichisch hat der Anteil der zehnjährigen bis vierzehnjährigen Schüler mit nicht-deutscher Umgangssprache in den letzten zehn Jahren um ca. 40 % zugenommen. Wenn das keinen Bevölkerungsaustausch darstellt, was dann?

Diese Entwicklung hängt ursächlich mit der hohen Fertilitätsrate der vor allem muslimischen Zuwanderer-Frauen und der vergleichsweise sehr niedrigen in der alteingesessenen Bevölkerung zusammen. (Verlässliche Zahlen dazu konnte ich dem Internet allerdings nicht „entlocken“.) Die seit 2015 erfolgte Neuzuwanderung vor allem junger Männer, die natürlich zuhause, also z. B. beim Wiederaufbau in Syrien, abgehen, wird sich erst durch Familiennachzug mit entsprechender Zeitverzögerung an den Schulen auswirken und das exponentielle Wachstum der Zuwanderer-Population weiter beschleunigen. Dazu kann ich allerdings mit Zahlen aufwarten: Von 2015 bis 2020 haben ca. 197.000 Menschen in Österreich um Asyl angesucht und ca. 91.000 davon ist es auch gewährt worden.

Ich bin allerdings der Letzte, der die Muslim-Mamas dafür kritisiert, dass sie in der Regel mehr Kinder zur Welt bringen als für die Reproduktion ausreichen würden. Aber dass vor allem deren Erzeuger vielfach glauben, sich und die Ihren gar nicht mehr integrieren zu müssen und insbesondere ihre Kinder nicht massiv zum Deutschlernen anhalten, das ist zu verurteilen, allein schon deswegen, weil diese dann als produktive Arbeitskräfte abgehen und damit nachhaltig unser Sozialsystem belasten. Darum ist z. B. die in Oberösterreich geübte Praxis, soziale Begünstigungen an willentliche Integration, insbesondere das Deutschlernen, zu koppeln, ausdrücklich zu begrüßen.

Von Ausländerkriminalität soll hier gar nicht mehr viel die Rede sein, wiewohl etwa die sexuelle Versklavung einheimischer Mädchen durch Kulturfremde in etlichen europäischen Ländern schon längst gang und gäbe ist. So berichtete z. B. die britische Online-Zeitung „Independent“ bereits 2019, dass sich die sexuelle Gewalt gegenüber jungen Britinnen zu einer Epidemie ausgewachsen und unter der Bezeichnung „Grooming“ bereits einen Namen gemacht hat. Vornehmlich Zuwanderer mit muslimischem Hintergrund aus ehemals britischen Kolonien erschleichen sich das Vertrauen junger Frauen aus der weißen Unterschicht, machen sie mit Alkohol, Drogen, Erpressung und Gewalt gefügig und missbrauchen sie über Jahre

hinweg. Die bekannt gewordenen Fälle seien inzwischen kaum mehr überschaubar: Manchester, Oxford, Newcastle, Rochdale, Blackburn, Leeds, Sheffield, Derby, Halifax und Rotherham seien nur einige der Tatorte.

Was dringend zu tun wäre

Gleichwohl ist es unzulässig, alle Zuwanderer unter Generalverdacht zu stellen, und die meisten werden wir sowieso nicht mehr los, auch wenn ihr Aufenthaltsrecht oder gar schon die Staatsbürgerschaft nicht ganz sauber zustande gekommen sind. (Hinsichtlich der gerade aus Afghanistan Ausgeflogenen wäre eine Überprüfung aber schon angebracht.) Neuzugänge müssten aber tunlichst verhindert und straffällige Asylwerber rigoros abgeschoben werden. Meines Erachtens könnte man doch jeden Asylsuchenden aufgrund der Dublin-Regel schon an der Grenze zurückweisen, weil er ja bereits aus einem „sicheren“ Land kommt, nachdem Österreich nur von Schengen-Ländern umgeben ist. Umso mehr gilt das für illegale Grenzüberschreiter, weil sich die ja bereits strafbar gemacht haben.

Ansonsten kann der Bevölkerungsaustausch nur mehr durch eine Ausweitung und/oder Verschärfung von Integrationsmaßnahmen abgemildert werden, wie schon erwähnt worden ist, sowie durch die Annäherung der auseinanderklaffenden Fertilitätsraten, was sich allerdings nur die größten Optimisten erhoffen. Ein unbedingtes „Muss“ wäre es jedenfalls, allen Zugewanderten klar zu machen, dass sie nicht nur die Staatssprache des Landes erlernen müssen, das sie aufgenommen hat, sondern dass sie auch die hier gebräuchlichen Regeln des Zusammenlebens zu akzeptieren und letztlich auch zu verinnerlichen haben.

Sollten die genannten Maßnahmen nicht gesetzt werden, dann steht uns in Österreich zufolge eines Heeres von unqualifizierten Arbeitskräften zunächst einmal ein wirtschaftlicher und damit auch sozialer Abstieg ins Haus. Durch das exponentielle Wachstum der Zuwanderer-Population käme es – bei mangelhafter Integration völlig ungebremst – aber binnen weniger Jahrzehnte auch zu einer Verdrängung bzw. zu einer Stadtflucht der „Altösterreicher“ bis in die hintersten Alpentäler hinein sowie zu einer Dominanz der „Neuösterreicher“ im gesamten öffentlichen Leben. Und dass sich alle diese Veränderungen gewaltfrei abspielen würden, das ist wohl auch nicht zu erwarten.

Ich stelle diese düstere Zukunftsprognose nicht in den Raum, um Angst zu verbreiten, wie das etwa bei Corona laufend geschieht und was mir grundsätzlich zuwider ist. Aber als im logischen Denken geschulter Mathematiker, der sich zeitlebens seiner aus der höheren Bildung erwachsenden höheren Verantwortung für das Gemeinwesen bewusst war, muss ich argumentativ ganz entschieden der Ansicht entgegenreten, auf jährliche Asylgewährungen im bisherigen Ausmaß könne es bei einer Neun-Millionen-Einwohnerschaft doch nicht ankommen und dass es den Zugewanderten selbstverständlich zusteht, ein kulturelles „Eigenleben“ zu führen. In diesem Zusammenhang muss ich dann wohl aufzeigen, was eine solche Fehlmeinung für Folgen haben kann. Die allenfalls widrigen Lebensumstände von Bewohnern Afghanistans (und anderswo) nehme ich bedauernd zur Kenntnis, aber die Zukunft Österreichs und seiner historisch vom Christentum und der Aufklärung geprägten Bevölkerung ist mir, auch als sechsfachem Großvater, nun doch etwas wichtiger.